

Datum: 13.12.2011

Der Bund



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 51'183
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 377.3
Abo-Nr.: 1076755
Seite: 33
Fläche: 96'353 mm²

Die Revanche Gottes

Zwischen Kulturkampf und Menschenwürde: Nur ein universales Prinzip, das als Grundnorm rechtlicher Ordnungen dient, kann eine Brücke zwischen Glauben und Wissen, zwischen Religion und Politik schlagen.



Er profitiert von der «eschatologischen Reserve»: Papst Benedikt XVI. spricht den Segen urbi et orbi. Foto: Ettore Ferrari (Keystone)



Paolo Becchi

Das neue Jahrtausend begann mit einem unerwarteten Geschehen: die Wiederkehr der Religion in der Öffentlichkeit. Mit der Frage, wie mit der «neuen» Religionsgemeinschaft des Islams (auch in der Eidgenossenschaft) zu verfahren sei, ist die Debatte nach dem Verhältnis von Religion und Verfassungsstaat in den letzten Jahren von neuem entbrannt. Im Zuge dieser teilweise mehr emotional als sachlich geführten Diskussion wurden in geradezu anachronistischer Weise Stimmen laut, welche diesem «Problem» mit politischen Mitteln aus der Zeit des Kulturkampfes beikommen wollen.

Beispielhaft dafür ist die Forderung von mehreren kantonalen Politikern, jegliche geistliche Gerichtsbarkeit innerhalb der Schweiz zu verbieten. Solche Forderungen stellen nicht bloss eine rechtlich unerlaubte Einmischung in die Religionsfreiheit dar, sondern bilden in ihrer ganzen Tragik die beschränkten Vorstellungen und Gedankenwelten ihrer Urheber ab. Denn das kräftige Wiederauftauchen der Religion aus dem «forum internum» des Gewissens, in dem sie vergraben war, liegt nämlich vor den Augen aller. Dies gilt auch für Gesellschaften wie unsere, die sich bis vor kurzem weitgehend als säkularisiert betrachtet haben. Kontinentaleuropa kann nun als eine postsäkulare Gesellschaft angesehen werden, denn die Religion, die historisch gesehen unterschiedliche Formen angenommen hat, will sich wieder als bindende Kraft der Gesellschaft behaupten und beendet die Epoche ihrer öffentlichen Neutralisierung. Es gibt vielerlei Gründe für diese Wiedergeburt der Religion - auch dort, wo sie sozusagen bereits am Aussterben war.

«Polytheismus der Werte»

Dabei sei hier nur auf einen spezifischen Aspekt hingewiesen: die Beziehung zwischen Religion und Politik. Der Fall der Berliner Mauer und die schwere Wirtschaftskrise der letzten Jahre haben für die Wiederkehr der Religion auch im Westen günstige historische Voraussetzungen geschaffen. Die Zerstörung des Vertrauens zu den politischen Hauptideologien des letzten Jahrhunderts, bedingt durch den Zusammenbruch des «realen Sozialismus»

einerseits und durch das Scheitern des Marktliberalismus, dessen Grenzen von der Globalisierung gezeigt wurden, andererseits, liess die Religion erneut als wichtigen Bezugspunkt erscheinen. Und dies für all jene Menschen, die sich in der heutigen Risikogesellschaft zunehmend verwirrt fühlen.

Diese Gelegenheit konnte die katholische Kirche gerade durch ihr «kommunitaristisches» und «antimodernes» Auftreten, das von Papst Benedikt XVI. geprägt wurde, besser als die reformierten Kirchen ausnutzen. Denn mit dem Fall von Sozialismus und Liberalismus bleibt einem ja nichts anderes übrig, als sich an etwas zu wenden, das beide überlebt hat: den Katholizismus. Dies ist die einzige «eschatologische Reserve», die auf dem Markt geblieben ist und die wenigstens in der Lage sein sollte, die verheerendsten Folgen abzubremesen.

Aber auch die katholische Religion ist trotz ihres universalen und grenzüberschreitenden Charakters nicht mehr die vorherrschende Religion. Gerade in Europa müssen sich die Christen im alltäglichen Leben mit der Religion der vielen islamischen Einwanderer auseinandersetzen. Ein in der Welt herrschendes Europa sowie eine herrschende Religion gibt es schon lange nicht mehr. Und die Neuheit ist, dass die Götter wieder angefangen haben, sich zu bekämpfen. Denn der «Polytheismus der Werte», der in Max

Wenn die Religion wieder im Zentrum steht, so ist dies, weil die Politik gescheitert ist.

Webers Sprachgebrauch die laizistische Anerkennung einer ausgesöhnten Pluralität von Weltanschauungen bezeichnete, zeigt wieder sein kriegerisches Gesicht.

Besteht nun das Risiko, dass die Welt zur Bühne eines neuen interreligiösen Konflikts wird? Die Radikalisierung der Auseinandersetzung zwischen totalisie-

renden und unvereinbaren Auffassungen geht sicherlich in diese Richtung, und Tatsache ist, dass die politische Unterscheidung zwischen Freund und Feind wieder an der Zugehörigkeit zu einer Konfession gemessen wird. Wie begegnet man aber dieser Herausforderung, die die Religion ins politische Leben zurückbringt? Bleibt nichts anderes übrig, als vom Kampf der Kulturen Kenntnis zu nehmen? Oder würde es reichen, jenen Sinn für die Laizität wiederzubeleben, der mit der Idee eines neutralen Staates verbunden ist und dem die «Wiederkehr des Heiligen» einen Stoss versetzt hat?

Die zwei derzeit zur Diskussion stehenden Lösungen bejahen entweder die erste oder die zweite Frage. Beide erweisen sich aber als unbefriedigend.

Die realistische Lösung erkennt die Unschlichtbarkeit des Konflikts und beschliesst Schlag auf Schlag zu reagieren. Indem die eigene Konfession verteidigt wird, hofft man nach der «Scheidung» der Säkularisierung zu einer «neuen Allianz» zwischen nationaler Religion und politischer Macht, bzw. zwischen Kirche und Staat zu kommen. Diese Lösung ruft anscheinend den antiliberalen und anti-individualistischen Traum des 19. Jahrhunderts eines christlichen Staates ins Leben zurück. Sei dies nun erwünschenswert oder nicht, es setzt die Existenz eines geteilten christlichen Ethos voraus sowie eines Staates, der sich eines solchen aneignen kann. Keine dieser zwei Voraussetzungen sind allerdings heute gegeben. Der Nationalstaat erlebt gerade seinen Untergang: Von Subjekt, das die monopolistische Kontrolle über das politische Entscheidungsprozess ausübte, ist er nun selber Objekt von Entscheidungen geworden, die zumeist anderswo getroffen werden.

Darin liegt des Pudels Kern

Die zweite, «idealistische» Lösung gedenkt den tragischen Erfahrungen der Vergangenheit und verlässt sich weiterhin auf den Staat, insbesondere auf seine jetzige Verfassungsform mit ihrer Integrationsfähigkeit durch Freiheits- und Gleichheitsprinzipien. Allerdings lässt sich einwenden: Hätte die Aufnahme- und die Integrationsfähigkeit



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 51'183
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 377.3
Abo-Nr.: 1076755
Seite: 33
Fläche: 96'353 mm²

funktioniert, so würden wir jetzt wahrscheinlich nicht über jene grosse Bedrohung der Menschheit sprechen, die nach diesem Ansatz die sogenannte «Revanche Gottes» bedeutet. Wenn die Religion wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, so ist dies, weil die Politik gescheitert ist. Wenn die katholische Kirche an Bedeutung gewonnen hat, so ist dies, weil der Staat den Herausforderungen der Globalisierung des Marktes nicht angemessen begegnen konnte. Wenn die Götter wieder angefangen haben, sich zu bekämpfen, so ist es, weil die Linke und die Rechte, die Demokraten und die Republikaner, die Liberalen und die Konservativen zu keiner gesunden politischen Dialektik mehr fähig sind.

Wie kann aber das authentische Bedürfnis nach Religiosität befriedigt werden, ohne einen Konflikt zwischen Fundamentalismen heraufzubeschwören? Und worauf kann sich die Verfassung gründen, wenn sie nicht in die Falle des richterlichen Relativismus geraten will?

Darin liegt nun des Pudels Kern. Nur ein universales Prinzip, das imstande wäre, die Partikularismen der unterschiedlichen Wahrheiten zu überwinden und gleichzeitig die Rolle einer Art Grundnorm an der Spitze der rechtlichen Ordnungen zu übernehmen, könnte eine Brücke zwischen Glauben und Wissen, zwischen Religion und Politik schlagen.

Ich glaube, dass dieses Prinzip das «principium dignitatis» sein könnte – also die Menschenwürde. Es erlaubt einerseits, das tiefste Erbe unserer jüdisch-christlichen Zivilisation zu wahren, und andererseits, einen Bezugspunkt auszumachen, der – im Unterschied zu den Grundrechten – der Gefahr von Abwägungen und Einschränkungen nicht ausgesetzt ist. Gerade dank der jüdisch-christlichen Idee der Menschenwürde hat sich die Universalität jenes Prinzips in der Weltgeschichte behauptet. In der Tat hat die Theologie des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen die Möglichkeit einer gleichmachenden Interpretation der Menschenwürde eröffnet.

Diese Idee impliziert nämlich keine Privilegierung des Gläubigen, da jeder Mensch, unabhängig von seiner Konfession, ein Abbild Gottes ist. Um es mit den Worten des katholischen Philosophen Robert Spaemann zu sagen: Jeder Mensch ist nicht «etwas», sondern «jemand».

Der Mittelpunkt der Schöpfung

Für den Islam ist der Mensch kein Ebenbild Gottes. Was wiederum nicht heisst, dass in der muslimischen Religion das Thema der Würde nicht vorhanden wäre. Es wird ihm jedoch eine andere Bedeutung zugewiesen. Droht also nicht Gefahr, dass mit der «Menschenwürde» etwas Ähnliches wie mit den «Menschenrechten» passiert? Nach «Gottes Ebenbild» oder nach dem «Ebenbild des Westens» mit seinen Werten und seinen Institutionen? Ausserdem könnte der Zusammenlauf von jüdisch-christlichem Glauben und aufklärerischer Vernunft schwach sein, da der Pluralismus der Weltanschauungen eine Tatsache ist.

Der Konflikt zwischen Werten stellt sich nun als Konflikt zwischen unver-

Zur Person

Paolo Becchi (56) studierte Philosophie und Geschichte. Er ist Professor für Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität Luzern.



einbaren Menschenwürdebegriffen, sowohl im interreligiösen Bereich als auch in der inneren Auseinandersetzung zwischen Glauben und Wissen, dar. So scheint auch unsere Lösung infrage gestellt und die Würde nicht in der Lage zu sein, einen Ansatzpunkt für ein gemeinsames Prinzip zu bieten. Doch ist vielleicht das Ergebnis nicht so negativ, wie man zunächst meinen würde.

Obwohl die Würdeauffassung des Islams sich von der der zwei anderen grossen monotheistischen Religionen unterscheidet, bedeutet dies nicht, dass zwischen den beiden eine absolute Unvereinbarkeit herrsche. Unvereinbar ist die islamische Auffassung der Würde lediglich mit jener modernen Version der

Würde, die eng und einseitig mit der Un- abhängigigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Individuen in Verbindung gesetzt wird. Doch ist der Mensch auch für den Islam der alleinige Träger der Würde, denn er ist das einzige unter den Geschöpfen, das eine Abmachung mit Gott abgeschlossen hat. In dieser Hinsicht wird also allen Menschen Würde zuerkannt und nicht nur denen muslimischen Glaubens. Genau wie es allen Menschen zuerkannt wird, «Ebenbild Gottes» zu sein.

In diesem Sinne konvergieren die drei monotheistischen Religionen zumindest in einem Punkt: Der Mensch ist Mittelpunkt der Schöpfung und gerade wegen dieser privilegierten Stellung verfügt er über die Würde. Dies bedeutet, dass er seinem Wesen nach gegenüber der Transzendenz offen ist und aufgrund dieser Offenheit von ihm ein verantwortungsvolles Verhalten auf Erden verlangt wird.

Gehört aber die Idee einer von Gott geschenkten Würde nicht einer religiösen Auffassung an, die nunmehr verschwunden ist? Passt die laizistische Auffassung der Würde als Autonomie nicht besser zum Pluralismus unserer heutigen westlichen Gesellschaften?

Die heutige Wiedergeburt des religiösen Gefühls lässt über die Korrektheit dieser Diagnose tatsächlich zweifeln. Statt diese mit alten Mitteln zu bekämpfen, sollte man dieses Phänomen als Chance für die Eröffnung eines neuen Raums sehen, in dem ein fruchtbarer Dialog zwischen dem alten Glauben und dem modernen Wissen entstehen kann.

6. «Bund»-Essay-Preis

Unter dem Titel «Ich glaube nicht an Gott, aber ich vermisse ihn» stellt der 6. «Bund»-Essay-Wettbewerb die Gretchen- und andere Fragen: Verdunstet der Glaube in säkularen Gesellschaften oder sucht er sich zeitgemässe Ausdrucksformen? Zu gewinnen sind Preisgelder von insgesamt 6000 Franken. Die drei Siegertexte werden im «Bund» abgedruckt. www.essay.derbund.ch (klb)